

Beschlossene Stellungnahme im TOP „Für die deutliche Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit und Kultur statt 100 Milliarden für Aufrüstung und militärischen Machtwillen“ am 1. Juni 2022

Die Universität hat erheblichen Finanzbedarf: Die jahrelange Kürzungspolitik spitzt sich bis 2024 weiter zu, wodurch bereits jetzt Studienprogramme, wie der internationale Master Kriminologie oder der Schwerpunkt Rechtswissenschaft in der Sozialökonomie, in Frage stehen. Die derzeitige Finanzplanung kompensiert nicht einmal die vorhersehbaren Kostensteigerungen durch Personalkosten und zwingt die Fachbereiche wissenschaftliche Mitarbeiterstellen zu kürzen. Darunter leiden Forschung, die Qualität der Lehre und das Engagement zur Realisierung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs).

Vor diesem Hintergrund und angesichts der geplanten Staatsausgaben in Milliardenhöhe für die Bundeswehr bekräftigt der Fakultätsrat seine Resolution vom 29.9.21 (siehe Anlage) und fordert den Senat und die Bürgerschaft der FHH dazu auf, den Kurs der staatlichen Haushaltspolitik grundlegend zu ändern. Die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit, Kultur und öffentliche Infrastruktur sind erheblich zu erhöhen.

Anlage: Resolution des Fakultätsrates für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Finanzierungssituation

Resolution des Fakultätsrates für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Finanzierungssituation, einstimmig beschlossen am 29. September 2021

Als Universität Hamburg haben wir uns der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) verpflichtet:

„Wir sind entschlossen, von heute bis 2030 Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden, die Ungleichheiten in und zwischen Ländern zu bekämpfen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen, die Menschenrechte zu schützen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen zu fördern und den dauerhaften Schutz unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Wir sind außerdem entschlossen, die Bedingungen für ein nachhaltiges, inklusives und dauerhaftes Wirtschaftswachstum, geteilten Wohlstand und menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen“

(Beschluss der UN-Generalversammlung „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, 25. September 2015)

An diesem Vorhaben beteiligt sich die WiSo-Fakultät auf vielfältige Weise und in gesellschaftlichem Transfer: Durch Forschung legen wir die Ursachen der aktuellen Probleme frei und zeigen gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten auf. Durch Bildung tragen wir dazu bei, dass alle „sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken“ (Leitbild Lehre UHH). Die Kolleg:innen des Technischen-, Verwaltungs- und Bibliothekspersonals sind das Rückgrat dieses Universitätsbetriebs. Die nachfolgenden Aktivitäten zeigen beispielhaft dieses vielfältige Engagement der WiSo-Fakultät für die Verwirklichung der SDGs:

- Für Frieden wirken wir u.a. mit der Beteiligung am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung sowie der Profiline Initiative „Gewalt- und Sicherheitsforschung“.
- Für eine inklusive Gesellschaft wirken wir u.a. durch die Studienorientierung für Geflüchtete #UHHhilft.
- Für den Klimaschutz wirken wir u.a. im Exzellenzcluster „Climate, Climatic Change and Society“ sowie in der DFG-Forschungskolleggruppe „Zukünfte der Nachhaltigkeit“.
- Für Gesundheit als ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen wirken wir u.a. im Hamburg Center for Health Economics.
- Für hochwertige Bildung und gesellschaftliche Aufklärung für alle wirken wir u.a. mit unserer Forschung zu Bildungsungleichheit, dem offenen Hochschulzugang im Bachelor Sozialökonomie, der Beteiligung an der Weiterbildung und im Projektbüro für angewandte Sozialwissenschaften.
- Für menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Innovation wirken wir u.a. in der Profiline Initiative „Arbeit und sozialer Wandel“.

Die zwischen 2014-2020 bei 0,88% eingefrorene Budget“steigerung“ deckte nicht einmal die in dem Zeitraum angefallene allgemeine Kostensteigerung und entsprach einer realen Kürzung unseres Budgets bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben und Herausforderungen. Diese Kürzungen werden sich in dieser Fakultät beispielsweise konkret in einer sinkenden persönlichen Betreuung pro Studierender, eingeschränkten Wahlmöglichkeiten in der Lehre, sinkender Förderung von wissenschaftlichem Mittelbau bei Forschungsvorhaben, prekären Finanzierungssituationen bei der Fertigstellung von wissenschaftlichen Qualifikationsvorhaben und fehlendem Austausch in der wissenschaftlichen Gemeinschaft widerspiegeln. Diese Entwicklung würde sich in den kommenden Jahren massiv verstärken, wenn wir nicht aktiv werden. Denn die für die Jahre 2021 bis 2027 im „Zukunftsvertrag“ zwischen den Hamburger Universitäten und der BWFG angekündigte Erhöhung des Strukturhaushalts „um bis zu 2%“ pro Jahr wird angesichts der vielfältigen Herausforderungen und Aufgaben sowie vor dem Hintergrund einer aktuellen Inflationsrate von 3,9% (August 2021) absehbar erneut zu einer nicht hinnehmbaren neuen „Kostenschere“ führen. Den Fakultäten müssen die Mittel aus dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (ZSL)“, mit denen der Bund das Auslaufen des Hochschulsonderprogramms III (HSP III) kompensieren und dauerhaft in die Finanzierung des Wissenschaftsbereiches in den Ländern einsteigen will, in vollem Umfang vom Präsidium zur Verfügung gestellt werden. Andernfalls können die Fakultäten die Verpflichtung der Länder gegenüber

dem Bund nicht erfüllen, im Gegenzug zum ZSL die Anzahl der Studienanfängerplätze mindestens konstant zu halten.

Konkret sollen die drohenden Kürzungen in der WiSo-Fakultät umfangreiche Streichungen im Mittelbau bedeuten. Dieser Stellenabbau würde nicht nur zu Lasten der Einheit von Forschung und Lehre und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Laufbahn gehen, sondern auch ein falsches Signal senden angesichts der jüngsten wissenschaftspolitischen Debatten zur Notwendigkeit von dauerhaften, entfristeten, guten Arbeitsbedingungen im Mittelbau (#IchBinHanna etc.). Dementgegen begrüßt der WiSo-Fakultätsrat das Vorhaben des Dekanats, neue Dauerstellen im akademischen Mittelbau zu schaffen, weil damit signalisiert wird, dass die Befristungspraxis an deutschen Hochschulen kritisiert und eine demokratische Reform dieses Systems eingefordert wird.

Diese Reformbemühungen können aber nur nachhaltig verfolgt werden (durch die langfristige Schaffung von weiteren Dauerstellen bei einer gleichzeitigen Drittmittelunabhängigen Grundfinanzierung von Qualifikationsstellen), wenn statt weiteren Kürzungen dafür im Gegenteil zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Wie an diesem aktuellen Beispiel deutlich wird, brauchen wir zur Realisierung und Erweiterung – der eingangs benannten Vorhaben eine massive Erhöhung des Grundetats der Universität durch den Senat: Für bessere Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau (mehr unbefristete Stellen) und bei studentischen/wissenschaftlichen Hilfskräften (mit Tarifvertrag), für das Auflösen des Sanierungsstaus und ausreichende Raumkapazitäten, für die Reintegration von outgesourcetem Reinigungs- und Logenpersonal, für mehr Studienplätze und ein besseres Lehrende-Studierende-Betreuungsverhältnis, für die Reduzierung der Arbeitsbelastung bei Lehrenden und Verwaltung, für mehr Dauer- statt Projektmittel etc.

Angesichts der gesellschaftlichen Verantwortung von Forschung, Lehre und Bildung für die drängende Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele wirkt es wie aus der Zeit gefallen, wenn stattdessen nun die aktuell angedrohten Kürzungen durch den Senat die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Universität weiter verschärfen sollen. Die fortgesetzte und zugespitzte strukturelle Unterfinanzierung schränkt damit *„das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit und Wahlfreiheit der Bildungsstätte weiter ein und steigert den Kommerzialisierungs- und Konformitätsdruck“*, wie es in einer Erklärung des Akademischen Senats der Uni Hamburg vom 28.6.18 in Auswertung eines Dies Academicus zur Hochschulfinanzierung bilanziert wurde.

Statt die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor immer weiter zu verschlechtern, wendet sich die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gegen die fortgesetzte Politik der Austerität und Kürzungen. Erst recht in der aktuellen ökonomischen, politischen, gesundheitlichen und ökologischen Krisensituation gilt es aus sozialökonomischer, volks- und sozialwissenschaftlicher Vernunft auf eine massive Ausweitung der staatlichen Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit, Kultur, Arbeit etc. zu setzen. Von dem historischen New Deal in den 1930er Jahren in den USA mit Franklin D. Roosevelt können wir lernen, dass mit couragiertem staatlichem Handeln und zivilgesellschaftlicher Bewegung ein humanistischer Ausweg aus einer Weltwirtschaftskrise möglich ist.

Vor dem Hintergrund all dessen spricht sich der Fakultätsrat für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften dezidiert gegen die angekündigten Kürzungen aus und fordert stattdessen vom Hamburger Senat den sofortigen Ausgleich des seit 2013 entstandenen Kostenschereneffekts von rund 96 Mio. € und die Erhöhung des Grundbudgets der Universität um mindestens 3% pro Jahr über Inflation und Tarifsteigerung. Wir fordern das Präsidium auf, sich für diese Maßnahmen einzusetzen und gemeinsam mit der Fakultät an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten.

Der Fakultätsrat ruft alle Mitglieder der WiSo-Fakultät mit Unterstützung des Dekanats dazu auf, das kommende Semester zu einer Zeit der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Finanzierungssituation des öffentlichen Bereichs und speziell der Hochschulen zu machen. Mit Veranstaltungen, öffentlichen Vorlesungen, Demonstrationen und anderen Protestaktionen soll auf die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, *„zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft“* (Leitbild UHH) hingewiesen und eine dafür notwendige bedarfsdeckende Finanzierung sowie eine Politik-Wende hin zu öffentlicher Ausgabensteigerung erreicht werden.

Dafür wird diese Erklärung an die Wissenschaftsbehörde, die anderen Hochschulen und Fakultäten sowie die Öffentlichkeit als Dialogangebot kommuniziert und verbreitet.